



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 28.03.2012, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Akademie für Darstellende Kunst
- mündlicher Bericht Direktor Prof. Drescher

Beratungsverlauf:

Der Bericht ist durch Herrn Prof. **Drescher** (Akademie für Darstellende Kunst) erfolgt. Er stellt die Arbeit der Akademie für Darstellende Kunst (adk) vor, zeigt deren Alleinstellungsmerkmale auf und berichtet über erfolgreiche Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Institutionen. Im vierten Jahr seit Gründung der adk befinde man sich nun erstmals im Vollbetrieb und habe die maximal mögliche Studentenzahl erreicht. Weiter informiert Herr Prof. Drescher über den Ablauf des Lehrbetriebes und hebt hervor, dass die Hochschule neben dem Lehr- auch einen interessanten Theaterbetrieb vorweisen könne. In diesem Zusammenhang weist er insbesondere auf anstehende Projekte im Rahmen des Jubiläums der Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend sowie des 60jährigen Jubiläums des Landes Baden-Württemberg hin. Auch macht er auf das Programm „Im Turm wird gespielt“ und die Zukunftskonferenz „Ausbildung für die darstellenden Künste von morgen“ aufmerksam.

OBM **Spec** bedankt sich für diesen Vortrag als Einstieg ins Thema und stellt den Gremienmitgliedern einen Vor-Ort-Termin bei der adk in Aussicht, bei dem man interessante Punkte vertiefen und diskutieren könne.

TOP 2 Gesamtenergiekonzept - Sachstandsbericht Vorl.Nr. 096/12

Beschluss:

1. Der Sachstandsbericht zum Gesamtenergiekonzept wird zur Kenntnis genommen.
2. Den vorgeschlagenen Maßnahmen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag (krank)
Stadtrat Herrmann (dienstlich verhindert)
Stadträtin Kopf
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadträtin Lange (Urlaub)

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** stellt einleitend klar, dass sich die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 096/12 auf die auf den Seiten 3 – 4 genannten sieben Maßnahmen beziehe.

Sodann stellt sich Herr **Schäffer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) dem Gremium vor und geht dabei insbesondere auf seinen beruflichen Werdegang und seine Aufgabengebiete als neuer Klimaschutzmanager der Stadt Ludwigsburg ein.

Herr Dr. **Fahl** (IER Stuttgart) informiert an Hand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) über den Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ aus dem die Stadt Ludwigsburg als Preisträger hervorgegangen sei. Im Ergebnis würden sechs Ludwigsburger Projekte gefördert. Er berichtet über die Einbindung des Klima-SEK ins Stadtentwicklungskonzept und erläutert das methodische Vorgehen, auf dessen Basis die Maßnahmenpakete und schließlich auch die sechs Projekte abgeleitet worden seien.

Die Stadträtinnen und Stadträte loben überwiegend mehrheitlich die Vorl. Nr. 096/12 und die Arbeit der Stadtverwaltung. Sie begrüßen, dass sich die Stadt Ludwigsburg mit dem Gesamtenergiekonzept schon frühzeitig auf den richtigen Weg gemacht habe und fordern dazu auf, diesen auch angesichts der weiterhin großen Herausforderungen konsequent weiterzugehen.

Stadträtin **Kreiser** spricht die Vorbildrolle der Stadt Ludwigsburg bei der Sanierung der eigenen Gebäude an. Angesichts der Tatsache, dass einige hiervon unter Denkmalschutz stünden, sei dies eine besondere Herausforderung und gleichzeitig eine große Chance, Vorbild für private Hauseigentümer zu werden. Da alle Bürger von steigenden Energiekosten betroffen seien, sei es ihr wichtig, auch alle beim Gesamtenergiekonzept mitzunehmen. Auch das Thema Mobilität in all seinen Facetten sei für die CDU-Fraktion von großer Bedeutung. Sie sei sich sicher, dass man gemeinsam eine Lösung für die Radwege finden werde. Abschließend begrüßt sie den Beitritt zum Konvent der Bürgermeister/innen und den Erfolg beim Wettbewerb Klimaneutrale Kommune. Die für die Umsetzung der sieben Maßnahmen erforderlichen Mittel seien durch die Förderung und die Kofinanzierung im Haushalt gesichert. Wenn darüber hinaus weiterer finanzieller Einsatz nötig werde, fordere sie die Verwaltung auf, hiermit wieder ins Gremium zu kommen.

Stadträtin **Schittenhelm** sieht das Thema Energie als eines der Kernthemen für die Zukunft. Im Sinne von „Global denken, lokal handeln“ unterstütze die SPD-Fraktion das Gesamtenergiekonzept. Wichtig seien unter anderem der Ausbau des Fernwärmenetzes und die Sanierung des Gebäudebestandes. Auch dem Verkehr komme eine Schlüsselrolle zu. So sei man beim Thema Radwege zwar in den letzten Jahren ein gutes Stück voran-, jedoch noch nicht am Ziel angekommen. Auch im Bereich ÖPNV erwarte ihre Fraktion zeitnah Verbesserungsvorschläge für eine Attraktivitätssteigerung. Sie erinnert daran, dass im Rahmen der Vorstellung der

Unternehmensbefragung im vergangenen Jahr von Seiten der Unternehmen im Westen vielfach Unterstützung beim Mobilitätsmanagement angefragt worden sei und fordert dazu auf, diesem Wunsch nachzukommen.

Stadträtin **Schneller** anerkennt, das Engagement der Stadtverwaltung für Klimaschutz und Energiewende. Es müssten für ein nachhaltiges Ergebnis aber auch alle Maßnahmen von den Bürgern mitgetragen werden. In diesem Zusammenhang zitiert sie eine Aussage des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Ramsauer, wonach Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen entwickelt und am Grundsatz der generellen Wirtschaftlichkeit orientiert sein müssten. Zu strenge Energieeffizienzaufgaben könnten Haus- und Wohnungseigentümer von eigentlich sinnvollen Investitionen abhalten. Es gelte mit Augenmaß abzuwägen zwischen dem energie- und klimapolitisch Notwendigen und den wirtschaftlich Machbaren. Stadträtin Schneller schildert daraufhin einen Fall, in welchem die Stadt Ludwigsburg bei den an Hauseigentümer gestellten Forderungen hinsichtlich der Modernisierung ihrer Gebäude kein Augenmaß bewiesen habe. Mit Bezug auf die Vorl. Nr. 096/12 bittet sie darum, die einzelnen aufgeführten Maßnahmen detaillierter zu beschreiben, damit keine Missverständnisse entstünden. Was das Energetikom anbelange, so sei die FW-Fraktion nicht gegen den Standort an der Sternkreuzung, allerdings gegen ein eingleisiges Vorgehen. Parallel hierzu müsse auch die Standortalternative in der Weststadt weiter untersucht werden. Zum Schluss merkt sie kritisch an, dass von Herrn Dr. Fahl in einer Karte zu Grünbühl-Sonnenberg der energetische Zustand aller Gebäude gekennzeichnet worden sei. Dies halte sie unter Aspekten des Datenschutzes für grenzwertig.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Stadtrat **Gericke**. Auch er freut sich über den Sachstandsbericht zum Gesamtenergiekonzept und fordert die Verwaltung dazu auf, einen solchen künftig jährlich vorzulegen. Innerhalb der dargestellten Maßnahmenvorschläge messe seine Fraktion den Themen Wohlfühlbahnhof, Stadtbahn und Radwegeplanung besondere Bedeutung bei. Insbesondere bei den Radwegen sei es wichtig, eine jährlich zu aktualisierende Fortschreibungsliste zu führen, aus welcher hervorgehe, welche Maßnahmen am dringendsten seien. Für diese Maßnahme bedürfe es auch einer angemessenen Personalausstattung. Er stellt daher im Sachzusammenhang zwei Anträge zu den Themen „Radwegeplanung/Radwegekommission“, Vorl. Nr. 118/12, und „Stellenausstattung beim FB Stadtplanung und Vermessung“, Vorl. Nr. 119/12. Die Anträge werden zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung übergeben. Weiter spricht er den im vergangenen Jahr von seiner Fraktion gestellten Antrag Vorl. Nr. 039/11 an. Er bedauert, dass die Verknüpfung der Themenfelder Grünflächenentwicklung und Energie noch nicht weiter fortgeschritten sei. Er regt in diesem Zusammenhang die Erstellung eines Biomassekonzeptes an. Zum Antrag Vorl. Nr. 531/12 fordert er die Verwaltung auf, nochmals vertieft darzustellen, wie die Maßnahmen zur Erreichung des Ziels „Klimaneutrale Kommune“ langfristig im Haushalt finanziert würden und wie hoch die jährlichen Investitionen seien, die hierfür anfielen.

Stadtrat **Müller** erklärt, insgesamt sei die Vorl. Nr. 096/12 durchweg erfreulich und auch der Antrag der FDP-Fraktion Vorl. Nr. 112/11 sei damit erledigt. Anregen wolle er für die Zukunft eine Vereinfachung und Verdeutlichung der Strukturen innerhalb der komplexen Materie des Sachstandsberichts. Dieser sei sehr umfassend und die Komplexität lasse sich sicherlich durch eine weitere Untergliederung der Maßnahmen beispielsweise dahingehend, wer von den Maßnahmen profitiere beziehungsweise diese Umsetzung: der private Bürger, die Industrie oder die Stadt selbst. Dies sei sicherlich auch für die Transparenz und Kommunikation nach außen hilfreich. Seine Fraktion hoffe weiterhin, dass sich Unternehmen, die sich im Rahmen des Energetikoms in Ludwigsburg ansiedelten, auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und zum Ruf des Wirtschaftsstandorts Ludwigsburg leisteten. Die energetische Vorreiterrolle sei ein Kriterium, welches Ludwigsburg sicher auch für überregionale externe Unternehmen attraktiv mache und man müsse in einer aktiven Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik damit werben.

Stadtrat **Hillenbrand** erklärt auch im Namen von Stadträtin Burkhardt, dass beide nur der Ziffer 1

des Beschlussvorschlages zustimmen könnten. In der Vorlage seien zwar viele gute Maßnahmen aufgelistet, dennoch habe sie einige Mängel: Maßnahmen fehlten, andere seien zu unverbindlich und Anträge und Vorschläge der beiden Vertreter von LUBU und der Linken seien nicht berücksichtigt, obwohl diese weder als falsch noch als unrealisierbar bezeichnet werden könnten. Zum Antrag Vorl. Nr. 248/11 liege nur eine interessensgeprägte Stellungnahme der EnBW vor, die er so nicht akzeptiere. Der Umgang mit dem Antrag Vorl. Nr. 137/11 sei ärgerlich, da andere Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprächen, explizit unter den Handlungsempfehlungen in der Vorlage aufgeführt würden und dies nur für die Blockheizkraftwerkstechnologie als überflüssig abgelehnt werde. Auch Solarenergie sei beispielsweise nicht explizit genannt und hierfür fehle eine Begründung. Kritisch merkt er auch an, dass im Neubaugebiet Neckarterrasse nur eine Biogasanlage und keine Alternativen hierzu untersucht worden seien. Dies widerspreche der Vorl. Nr. 083/11. Nicht aufgegriffen worden sei auch das Thema niedrigere Tempolimits auf Hauptstraßen. Weiter fehlten im Sachstandsbericht auch teilweise schon beschlossene Maßnahmen. Insgesamt seien die in der Vorlage dargestellten soll-Bestimmungen ein guter Ansatz, jedoch nicht ausreichend für ein generationengerechtes Energiekonzept. Aus diesen Gründen lehnten er und Stadträtin Burkhardt die Ziffer 2 der Vorlage ab.

OBM **Spec** hält dem entgegen, Stadtrat Hillenbrand befinde sich bedauerlicher Weise nicht in allen angesprochenen Punkten auf dem aktuellen Stand der Informationen. Gemeinsam mit Frau **Wenninger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) sichert er zu, dass das Thema Neckarterrasse gemeinsam mit den Fachleuten der Ludwigsburger Energieagentur in allen Facetten und mit verschiedensten Alternativen untersucht worden sei. Beide werben auch um Verständnis dafür, dass die Aufzählung und Konkretisierung aller Maßnahmen den Rahmen einer Vorlage sprengt und man sich heute auf einen aktuellen Zwischenbericht konzentriert habe. So sei zum Beispiel das Thema Elektromobilität erst neulich separat und ausführlicher im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beleuchtet worden. An Stadträtin Schneller gewandt ergänzt OBM Spec, ein Einzelfall lasse sich nicht innerhalb einer Sitzung aufrollen und lösen. Gerne biete er hierzu ein Pressegespräch an. Unstrittig müsse jedoch sein, dass die Stadt Ludwigsburg verpflichtet sei, geltendes Bundesrecht einzuhalten und umzusetzen.

Stadträtin **Schneller** stimmt dem vollumfänglich zu, fordert jedoch unterstützt von Stadtrat Dr. **Bohn** eben hierbei mehr Fingerspitzengefühl und ein Ausschöpfen der gesetzlichen Spielräume ein.

Frau **Wenninger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) sagt auf Bitten der Stadträte zu, den Fraktionen den Bericht zur "Klimaneutralen Kommune" zukommen zu lassen.

Auf Antrag der Stadträte **Burkhardt** und **Hillenbrand** stellt OBM **Spec** die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages getrennt und in der genannten Reihenfolge zur Abstimmung.

TOP 2.1

**Matrix zum Masterplan Energie
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.03.2011**

Vorl.Nr. 112/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Bericht und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 096/12 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.2 Blockheizkraftwerkstechnologie - Antrag zum Vorl.Nr. 137/11
Masterplan Energie
- Antrag der Stadträte Fr. Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Linke) vom 06.03.2011

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Bericht und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 096/12 formal erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.3 Wasserkraftwerk bei der Staustufe Poppenweiler Vorl.Nr. 248/11
- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Die Linke) vom 25.05.2011

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Bericht und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 096/12 formal erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.4 Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff.: Vorl.Nr. 549/11
Energieversorgung (Strom und Wärme) in
Ludwigsburger Wohngebieten
- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und
Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Bericht und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 096/12 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.5 Haushaltswirksamkeit des Vorl.Nr. 531/11
Gesamtenergiekonzepts
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23.11.2011

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Bericht und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 096/12 formal erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.6

Radwegeplanung / Radwegekommission
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 27.03.2012

Vorl.Nr. 118/12

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

Der Antrag wird der Verwaltung zur weiteren Bearbeitung übergeben.

TOP 2.7

Stellenausstattung FB Stadtplanung und
Vermessung, Verkehrsplaner
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28.03.2012

Vorl.Nr. 119/12

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

Der Antrag wird der Verwaltung zur weiteren Bearbeitung übergeben.

TOP 3

Satzung über die Aufhebung einer
Veränderungssperre im Bereich "Heinkelstraße
Nord"

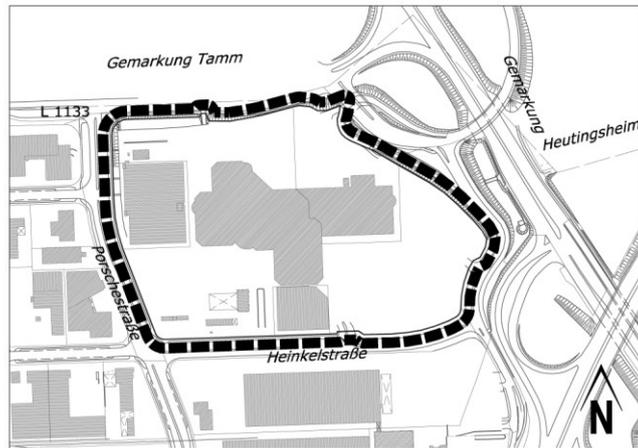
Vorl.Nr. 093/12

Beschluss:

- I. Aufgrund von §§ 14 und 17 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die vom Gemeinderat am 06.05.2009 beschlossene Satzung über eine Veränderungssperre im Bereich „Heinkelstraße Nord“ (bekannt gemacht am 09.05.2009), verlängert mit Beschluss vom 02.03.2011 (bekannt gemacht am 20.04.2011) **wird aufgehoben.**



§ 2

Der räumliche Geltungsbereich der Aufhebung der Veränderungssperre wird begrenzt durch die L 1133, das Flurstück Nr. 7787/2, die Heinkelstraße und die Porschestraße. Der Geltungsbereich dieser Satzung ist im Lageplan des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 20.03.2009 dargestellt. Dieser ist Bestandteil der Satzung.

§ 3

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

- II. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung erst dann bekannt zu machen, wenn die Bauvoranfrage der E. Breuninger GmbH & Co. wirksam zurückgenommen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag (krank)
Stadtrat Herrmann (dienstlich verhindert)
Stadträtin Kopf
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat von Stackelberg

Ja 25 Nein 5 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** fasst einleitend zusammen, die Firma Breuninger habe mittlerweile erkannt, dass sich die gewünschte Erweiterung um rund 9 000 m² nicht durchsetzen lasse und daher stehe die Rücknahme der Bauvoranfrage kurz bevor. Sobald eine entsprechende Erklärung bei der Verwaltung eingehe, werde der heute zu fassende Beschluss zur Vorl. Nr. 093/12 öffentlich bekannt gemacht und damit wirksam. Der Beschluss sei damit ein formaler Akt, um das Auslaufen der Veränderungssperre zu verhindern und damit die Interessen der Stadt zu wahren. Selbstverständlich bedeute die Rücknahme der Bauvoranfrage nicht, dass Breuninger die Hoffnung auf eine Erweiterung in kleinerem Umfang und in den nächsten Jahren begraben habe. Die Verwaltung habe dem Unternehmen jedoch deutlich gemacht, dass zunächst die positive Entwicklung der Innenstadt und eine Lösung für das Marstallcenter Vorrang hätten. Erst wenn diese beiden Punkte zufriedenstellend gelöst seien, könne über eine mögliche Erweiterung des Breuningerlandes überhaupt nachgedacht werden.

Für die CDU-Fraktion begrüßt Stadtrat **Noz** die Tatsache, dass man mit Breuninger weiterhin im Gespräch geblieben sei sowie den hieraus resultierenden Verwaltungsvorschlag. Gut sei auch, dass man noch kurzfristig reagieren könne, falls es nicht wie erhofft laufe. Insgesamt hoffe er auf ein positives Ergebnis des ganzen Verfahrens. Seine Fraktion werde der Verwaltungsvorlage mehrheitlich zustimmen.

Auch Stadtrat Dr. **Bohn** erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum vorgeschlagenen Vorgehen.

Stadtrat **Müller** fragt sich mit Blick auf das Beratungsergebnis im Gemeinderat vom 23.11.2011, ob innerhalb der Verwaltung ein Sinneswandel stattgefunden habe. Im letzten Jahr habe OBM Spec angekündigt, dass eine neue Prüfung erst dann erfolge, wenn sich die Situation beim Marstallcenter verändere. Dies sei zumindest der FDP-Fraktion so nicht bekannt und es stelle sich die Frage, ob hinsichtlich der Informationsversorgung der Stadträte eine „2-Klassen-Gesellschaft“ bestehe. Nichts desto trotz sei die heute vorgetragene Erläuterung von OBM Spec nachvollziehbar und er werde der Verwaltungsvorlage daher zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** wundert sich darüber, dass keine Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung stattgefunden habe. Sie erkundigt sich, ob die einzige Bauvoranfrage von Breuninger auf 9 800 m² laute oder ob auch eine über 4 000 m² vorgelegt worden sei.

Stadtrat **Seybold** merkt an, dass bei einer Aufhebung der Veränderungssperre wieder der alte Bebauungsplan gelte. Er fragt kritisch an, ob dies dann bedeute, dass die Firma Breuninger innerhalb der Grenzen dieses alten Bebauungsplanes dann doch erweitern könne.

Stadträtin **Schneller** freut sich über die Aufhebung der Veränderungssperre. Gegen deren Verlängerung habe sie schließlich noch im vergangenen Jahr vehement gekämpft. Damals habe die Verwaltung nachdrücklich vertreten, dass man auf Grund des Briefes des Regierungspräsidiums keine andere Möglichkeit habe, als wie vorgeschlagen zu verfahren. Es stelle sich die Frage, wie das Regierungspräsidium nun zur Aufhebung der Veränderungssperre stehe.

OBM **Spec** geht zusammenfassend auf die aufgeworfenen Fragen ein. Er bestätigt, dass lediglich eine Verkaufsflächenerweiterung von 9800 m² angefragt worden sei. Er betont nochmals, die Firma Breuninger habe verstanden, dass dies nicht durchsetzbar sei und nehme durch die Rücknahme der Bauvoranfrage den zeitlichen Druck für die Stadtverwaltung aus dem Verfahren, da hierdurch das Auslaufen der Restlaufzeit der Veränderungssperre verhindert werde. Stattdessen könne diese Restlaufzeit nun konserviert werden, bis lückenlos anschließend ein neuer Bebauungsplan beschlossen sei. Die Gefahr, dass das Aufheben der Veränderungssperre genutzt werde, um durch eine neue Bauvoranfrage die Erweiterungswünsche durchzusetzen, bestehe nicht. In diesem Fall werde die Verwaltung die Veränderungssperre wieder auflösen

lassen und das Bebauungsplanverfahren beschleunigt abschließen. Auf Nachfrage von Stadträtin Burkhardt ergänzt er, Zielsetzung des Bebauungsplans sei es, den bestehenden, offenkundig nicht mit den Zielen der Raumordnung und der Regionalplanung in Einklang zu bringenden Bebauungsplan in einen rechtskonformen Zustand zu bringen.

Stadtrat Dr. Heer erkundigt sich, ob es eine Absprache mit der Firma Breuninger gebe, dass zu gegebener Zeit eine Bauvoranfrage über eine mittlere Größe von 4 000 – 5000 m² Erweiterungsfläche positiv beschieden werden könne.

OBM Spec lehnt Spekulationen in öffentlicher Sitzung ab. Es sei jedoch nichts neues, dass die Firma Breuninger nach wie vor die Hoffnung habe, eine geringe Teilfläche als Erweiterung zu bekommen. Eine solche Frage stehe jedoch derzeit außer Diskussion, da die Stadt insgesamt das wichtige Bedürfnis einer funktionierenden Innenstadt im Auge haben müsse. In der derzeitigen Situation des Marstallcenters bestehe hierfür keinerlei Diskussionsbasis. Welche abschließenden Entscheidungen der Gemeinderat treffe, müsse dieser zu einem späteren Zeitpunkt separat beraten und beschließen.

Sodann leitet OBM Spec in die Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 093/12 über.

TOP 4

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Oberes Hoffeld" Nr. 062/03
- Aufstellungsbeschluss, Planungskonzept und frühzeitige Beteiligung der Behörden und Öffentlichkeit -

Vorl.Nr. 084/12

Abweichender Beschluss:

- I. Die Aufstellung des **vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Oberes Hoffeld“** Nr. 062/03 wird zusammen mit dem Planungskonzept (09.03.2012) *entsprechend der Anlage 1 zur Vorl. Nr. 084/12* und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (08.03.2012) als Grundlage für das weitere Verfahren beschlossen.
- II. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
- III. Das Verfahren wird gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der Zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss zu den Ziffern I und II wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer III wird mit 32 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag (krank)
Stadtrat Herrmann (dienstlich verhindert)
Stadträtin Kopf
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Stadtrat **Noz** macht darauf aufmerksam, dass sich im Randbereich des zur Bebauungsvorgeschlagenen Gebiets der Grünzug Pflugfelden befinde. Wenn hier der Rahmenplan Pflugfelden teilweise etwas zurücktreten müsse, geschehe dies zu Gunsten einer positiven Bevölkerungsentwicklung in Pflugfelden und in der Gesamtstadt. Weiter spricht er die Vorberaterung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt an. Es sei klar geworden, dass die Tiefgaragenzufahrt überdacht werden müsse und die Lage des Müllplatzes müsse noch mal überdacht werden. Was die Durchwegung anbelange, habe sich der Ausschuss klar für den Verwaltungsvorschlag ausgesprochen. Er erinnert zudem daran, dass die Verwaltung zugesagt habe, im weiteren Verfahren noch vertieft in die Thematik der zusätzlichen, öffentlich nutzbaren Parkflächen und eines Spielplatzes im Gebiet einzusteigen. Daneben stimme er der Verwaltungsvorlage zu.

Stadtrat **Griesmaier** fasst zusammen, in Gesprächen mit dem Bauträger, dem Stadtteilausschuss und den gemeinderätlichen Ausschüssen habe sich ein guter Kompromiss herauskristallisiert, den er heute gerne mittragen wolle. Auch die SPD-Fraktion favorisiere den Durchquerungsvorschlag der Verwaltung und stimme im Übrigen der Vorl. Nr. 084/12 gerne zu.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert daran, dass man es im betroffenen Gebiet mit einem alten Bebauungsplan für ein Baugebiet zu tun habe, der auf Grund eines Formfehlers unwirksam sei. Nachdem zwischenzeitlich der Grünzug entstanden sei und sich damit die Rahmenbedingungen für den Anschluss des Gebietes geändert hätten, sei ein neuer Bebauungsplan erforderlich. Man habe sich bemüht, dies mit allen Beteiligten zu diskutieren und dabei zahlreiche Anregungen erhalten, die teilweise auch von Stadtrat Noz angesprochen worden seien. Heute befinde man sich allerdings erst in der Phase des Aufstellungsbeschlusses, so dass diese Themen nicht heute ausdiskutiert werden müssten. Grundsätzlich unterstütze die FW-Fraktion die Entwicklung dieser Fläche im Innenbereich. Pflugfelden profitiere sicherlich vom geplanten Geschosswohnungsbau.

Auch Stadtrat **Gericke** unterstützt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich Nachverdichtungsvorhaben. Auch die 3-geschossige Bebauung an der West- und Nordseite sei zur Betonung des Ortseingangs sinnvoll. Problematischer sehe er die Bebauung an der Ostseite, die vergleichsweise weit in den Grünzug hineinrage und auch von der Geschossigkeit im Vergleich zur Nachbarbebauung massiv wirke. Diskussionsbedarf sehe er auch beim Anschluss an den Grünzug Pflugfelden. Insgesamt werde seine Fraktion heute der Verwaltungsvorlage zustimmen und das weitere Verfahren kritisch begleiten.

Stadtrat **Müller** betont explizit die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Verwaltungsvorschlag zur Durchquerung. Dabei müsse dann auch der bessere Zugang zum Spielplatz für eine breitere Öffentlichkeit berücksichtigt werden.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt auch im Namen von Stadtrat Hillenbrand, dass beide den beiden ersten Punkten des Beschlussvorschlags zustimmten. Ein Bebauungsplan für das Gebiet sei aus verschiedenen Gründen notwendig. Sie seien aber nach wie vor der Meinung, dass eine zwei- bis dreigeschossige Bebauung mit einer Grundflächenzahl von 0,4 und einer Geschoßflächenzahl von 0,8 eine ausreichende Anpassung an neue Verdichtungsnotwendigkeiten im Innenbereich bedeutet hätte. Punkt drei stimmten sie und Stadtrat Hillenbrand nicht zu. Sie hätten kürzlich im Zusammenhang mit der „Hörnleshalde“ den Antrag gestellt, dass auch bei Bauvorhaben im Innenbereich eine UVP mit Bestandsaufnahme grundsätzlich Teil der Bebauungsplanaufstellung sein solle, egal, was das jeweilige Baugesetzbuch aussage.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt klar, man befinde sich noch am Anfang des Verfahrens. Die Hinweise des Gremiums unter anderem für Durchwegung, Stellplätze, Müllentsorgung und einen Spielplatz werde er schon heute aufnehmen und im weiteren Procedere aufgreifen. Weiter sagt er zu, mit dem Entwurfsbeschluss auch einen Freiflächengestaltungsplan vorzulegen.

Zum Abschluss der Aussprache verdeutlicht BM **Schmid** nochmals, dass die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 22.03.2012 auf Basis des Durchwegungsvorschlages der Verwaltung (Anlage 1 zur Vorl. Nr. 084/12 sowie Anlage 2 zum Protokoll) erfolgt sei. Auch die heutige Beschlussfassung solle auf dieser Grundlage erfolgen.

Daraufhin ergänzt OBM **Spec** die Ziffer I des Beschlussvorschlages entsprechend und lässt zuerst über die Ziffern I und II en bloc, sodann getrennt über die Ziffer III abstimmen.

TOP 5	Kindertageseinrichtung Lange Straße 71 / Bäderwiesen Erweiterung zwei Gruppen (je 15 Kinder 0 - 6 Jahre) - Entwurfs- und Baubeschluss	Vorl.Nr. 072/12
-------	---	-----------------

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und den Bau der Erweiterung der Kindertageseinrichtung Lange Straße 71 in Oßweil mit Baukosten in Höhe von 1,532 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 200, 300, 400 + 700).

Die Vergabe der Werkverträge (auch über 750.000,- EUR) erfolgt in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag (krank)
Stadtrat Herrmann (dienstlich verhindert)
Stadträtin Kopf
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Schittenhelm

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Einleitend macht EBM **Seigfried** auf die geringe Versorgungsquote in Oßweil im U3- und im Ü3-Bereich aufmerksam. Die vier Oßweiler Einrichtungen seien nicht mehr zeitgemäß, so dass ein Wandel bevorstehe. Auch das Kinder- und Familienzentrum Oßweil könne nur 3 Gruppen anbieten und unterschiedliche, bedarfsgerechte Öffnungszeiten eigentlich nicht abdecken. Aus allen diesen Gründen werde nun die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Bäderwiesen vorgeschlagen. Das hierfür zu Grund gelegte Raumprogramm sei dabei nicht im jenem der Einrichtung Hartenecker Höhe zu vergleichen, da beispielsweise auf Bewegungs- und Mehrzweckräume verzichtet werde. Auch würden vorhandene Möglichkeiten genutzt und unter anderem Verkehrsflächen in Bewegungsflächen umgewidmet. Übergeordnetes Ziel sei es, im Stadtteil und in der Gesamtstadt möglichst flexible Standorte anzubieten. Bisher könnten einige Einrichtungen auf Grund ihrer geringen Größe nicht flexibel genug agieren. Um dieses Ziel zu erreichen, habe man im vorliegenden Fall den Umbau im Bestand gewählt. Es sei unstrittig, dass Umbaumaßnahmen stets mit einem gewissen Risiko behaftet seien und die Gefahr von Mehrkosten bestehe. Weiter weist er darauf hin, dass im Gebiet „Auf der Schanz“ eine Gemeinbedarfsfläche für 1,3 Mio. € für Wohnbauzwecke veräußert worden sei. Selbstverständlich seien diese Einnahmen nicht die „Schatzkiste“ für den Umbau der Bäderwiesen, allerdings müsse man sich darüber im klaren sein, dass die für eine Kinderbetreuungseinrichtung vorgesehene Fläche nur freigegeben werden kann, wenn man bereit sei, an anderer Stelle entsprechend in eine Erweiterung einer Kindertageseinrichtung investiert werde.

BM **Schmid** fasst unter Verweis auf eine PowerPoint-Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) die Geschichte des Bauvorhabens kurz zusammen. Er erinnert an das mit Vorl. Nr. 266/11 beschlossene Raumprogramm, auf welchem nun der Entwurfs- und Baubeschluss aufbaue und weist auf bauliche Besonderheiten des Erweiterungsvorhabens hin. Sodann zieht er einen Vergleich zum Baukostenindex und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass die Region Stuttgart preislich stets etwas über dem Durchschnitt liege. Lege man jedoch einen mittleren Standard zu Grunde, liege das heute zu beschließende Vorhaben genau in der Vergleichsspanne.

Stadtrat **Lutz** anerkennt die weitreichenden Erläuterungen, die nun doch noch einige Missverständnisse beseitigt hätten. Trotzdem erscheine der CDU-Fraktion das Bauvorhaben als relativ teuer. Daher sei auch im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt die Verwaltung beauftragt worden, Einsparmöglichkeiten zu prüfen. Exemplarisch führt er hierfür einen Verzicht auf die Ganzglasfassade oder eine günstigere Gestaltung des Verbindungsbaues an. Auch wenn das Vorhaben dadurch billiger ausfallen solle, solle natürlich nicht an Nutzungsqualität gespart werden. Eventuell sei es darüber hinaus möglich, die Zahl der Betreuungsplätze zu erhöhen und dadurch zu einem günstigeren Kostenschlüssel je Betreuungsplatz zu gelangen. Gerne wolle er die Einsparpotentiale dann auch nochmals in der Fraktion diskutieren – allerdings nur, wenn dies möglich sei, ohne dass durch die Verzögerung Zuschüsse verfielen. Andernfalls werde seine

Fraktion dem Beschlussvorschlag „mit Bauchgrummeln“ zustimmen.

Stadtrat **Juraneck** erklärt, die SPD-Fraktion wolle den Ausbau und die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung nicht blockieren. Allerdings erachte auch seine Fraktion die eingeplanten Kosten als zu hoch. Er regt an, heute nur dem Entwurf zuzustimmen und erst nach Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse einen Baubeschluss zu fassen. Für die Zwischenzeit appelliere er an die Verwaltung, Wege zur Einsparung von mindestens 10% der jetzt eingeplanten Kosten zu finden.

Stadtrat **Glasbrenner** unterstützt grundsätzlich den von der Stadtverwaltung eingeschlagenen Weg und die Prioritätensetzung zur Erreichung der gesetzlich vorgeschriebenen Betreuungsquote. Selbstverständlich sei auch, dass man sich hierbei gegebenenfalls an sich verändernden Bedarfszahlen orientieren müsse. Allerdings habe die FW-Fraktion bereits im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erklärt, dass man sich mit den für den Ausbau der Kindertageseinrichtung eingeplanten, hohen Kosten an der Grenze des Machbaren bewege. Zudem werde, trotz des exorbitanten Mitteleinsatzes, an der Betreuungssituation im U3-Bereich wenig verbessert, die Anforderungen im Ü3-Bereich hingegen würden übererfüllt. Dies mache keinen Sinn und könne von seiner Fraktion daher auch nicht mitgetragen werden. Er schlage daher vor, sich auch eine altersgemischte Gruppe am Standort zu beschränken und ergänzend 2 zusätzliche U3-Gruppen anzubieten. Durch diese Maßnahme erhalte man auch eine höhere staatliche Förderung. Darüber hinaus müsse selbstverständlich auch am Raumprogramm nachgebessert werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Stadträtin **Schübler**. Die Begründung der Verwaltung sei absolut korrekt und nachvollziehbar. Setze man wie vorgeschlagen um, erhalte man eine flexible, aber dennoch auf den aktuellen Bedarf bereits perfekt abgestimmte Einrichtung. Aus diesem Grund könne ihre Fraktion heute bereits über Entwurfs- und Baubeschluss abstimmen. Vor weiteren Verzögerungen wolle sie warnen. Vielmehr gelte es, die Verzögerungen, die sich bereits ergeben hätten, nach Möglichkeit wieder einzuholen.

Stadtrat **Heer** ist der Ansicht, dass in Obweil sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich Betreuungsplätze fehlten. Hierüber sei man sich einig, ringen müsse man jedoch um die beste Lösung zu Behebung dieses Defizits. Die FDP-Fraktion vertrete dabei die Auffassung, dass zu Gunsten weiterer Betreuungsplätze auf Nebenräume verzichtet werden könne. Wenn das Gremium mehrheitlich dem Vorschlag der FW-Fraktion folgen wolle, könne auch er dies unterstützen. Allerdings müsse dann zügig geprüft und zeitnah ein Ergebnis vorgelegt werden, um weitere Verzögerungen zu verhindern.

Stadträtin **Burkhardt** ist der Auffassung, dass die im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt heftig diskutierten Kosten von 1,5 Mill. € für eine Erweiterungsplanung für 30 Plätze durch den FB Hochbau und Gebäudewirtschaft plausibel begründet worden seien. Die auf Grund der geringen Fläche notwendige zweistöckige Bauweise und die Tatsache, dass das Erweiterungsgebäude nur nach Norden geöffnet werden könne und somit eine Fassade mit großen Fenstern benötige, seien nachvollziehbar. Aus diesen Gründen könne sie heute der Verwaltungsvorlage zustimmen. Grundsätzlich kritisch sehe sie jedoch die von der Stadt Ludwigsburg in den letzten Jahren betriebene Politik der Zentralisierung der Kinderbetreuung. Zudem wolle sie darauf hinweisen, dass eine aktive Wohnbaupolitik auch bei der ei Kinderbetreuung zu Folgekosten führe, die in Zukunft intensiver als bisher in die Diskussion um die Wohnbau- und Gewerbeansiedlungspolitik einbezogen werden müssten.

OBM **Spec** und EBM **Seigfried** weisen darauf hin, dass dem demographischen Wandel nur durch eine aktive Wohnungsbaupolitik entgegen gewirkt werden könne. Die positiven Effekte für die Gesamtstadt überwögen dabei bei weitem die Folgekosten. Was die Zentralisierung der Kinderbetreuung angehe, so halte die Verwaltung dies für das einzige zukunftsgerechte Modell. Nur in größeren Kinder – und Familienzentren mit 75 bis 120 Plätzen sei die komplette

Betreuungskette abbildbar und nur dort könne den sich verändernden Bedürfnissen der Kinder und Eltern entsprochen werden. Zu diesem Konzept gehöre es dann nicht nur, geeignete Standorte zukunftssicher zu erweitern, sondern auch Standorte, die keine Zukunft hätte, aufzugeben und sinnvoll nachzunutzen. An Stadtrat Glasbrenner gewandt legen sie dar, dass eine dritte Gruppe am Standort auf Grund des Raumprogramms nicht möglich sei. Auch die Unterbringung von zwei Krippengruppen sei nicht zu empfehlen, da man sonst das Ü3-Betreuungsdefizit vernachlässige. Alternative zum Verwaltungsvorschlag wäre maximal eine altersgemischte Gruppe ergänzt durch eine reine U3-Gruppe denkbar. Den Vorschlag von Stadtrat **Kirnbauer**, eine weitere U3-Gruppe zumindest temporär einzurichten und später gegebenenfalls umzuwandeln, muss EBM **Seigfried** ebenfalls zurückweisen. Zum einen sei die Betreuungssituation im Ü3-Bereich in Oßweil bereits heute prekär, zum anderen seien die Bundesfördermittel zur Einrichtung einer U3-Gruppe auf mindestens 25 Jahre zweckgebunden. Widme man die Gruppe in dieser Zeit um, werde man rückzahlungspflichtig. Zudem gehe eine zusätzliche U3-Gruppe zu Lasten der Essens- und Sozialräume.

BM **Schmid** geht kurz auf die von Seiten des Gremiums angesprochenen Sparvorschläge ein. Der Verbindungsbau verfüge lediglich über Oberlichter und nicht über eine Glasdecke und sei damit bereits heute einfachster Standard. Er berechnet weiter, dass die von Stadtrat Juranek angeregte Einsparung von 10% nicht einmal dann erzielbar sei, wenn man auf die komplette Glasfassade verzichte. Die Verwaltung werde sich selbstverständlich weiter um Einsparmöglichkeiten bemühen, die Erwartungen dürften jedoch nicht zu hoch gehängt werden.

Angesichts der bereits bestehenden Zeitverzögerung und des zusätzlichen Prüfaufwandes, der weitere Verzögerungen erwarten lässt und voraussichtlich wenig Einsparpotential aufzeigen wird, appelliert EBM **Seigfried** an das Gremium, bereits heute eine Entscheidung über Entwurfs- und Baubeschluss zu treffen.

Im Anschluss an die kontroverse Diskussion hierüber lässt OBM **Spec** zunächst über den konkretisierten Antrag der FW-Fraktion abstimmen, der darauf abzielt, eine der beiden vorgeschlagenen altersgemischten Gruppen durch eine U3-Gruppe zu ersetzen.

Dieser Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag (krank)
Stadtrat Herrmann (dienstlich verhindert)
Stadträtin Kopf
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Schittenhelm

Im Anschluss ruft OBM **Spec** die Vorl. Nr. 072/12 zur Abstimmung auf.